



CDU REGIONALRAT
KÖLN



REGIONALRATS- REPORT

Ausgabe 61/Dezember 2015

Abfallwirtschaftsplan: Regionalrat Köln setzt sich durch

Rheinland bleibt beim Müll zusammen

Im Sommer sah es noch so aus, dass nach den Vorstellungen der Landesregierung ganz harte Zeiten auf die rheinischen Kommunen und ihre Abfallgesellschaften zukommen würden. In ihrer Reglementierungswut hatte das Kabinett bereits einen Abfallwirtschaftsplan (AWP) beschlossen, der NRW in fünf Entsorgungsregionen aufgesplittert hätte - vor allem zum Nachteil des Regierungsbezirks Köln.

Dass Rot-Grün im Land buchstäblich in letzter Minute die Kurve bekam, ist nicht zuletzt dem geschlossenen Auftreten der Region zu verdanken. Am 12.06.2015 hatte der Regionalrat einstimmig die Rückkehr zu den ursprünglich geplanten drei Entsorgungsregionen gefordert. Die von der CDU-Landtagsfraktion parallel beantragte Expertenanhörung offenbarte, wie isoliert die Regierung mit ihrer rein ideologisch motivierten Umweltpolitik mittlerweile ist. Der Landtagsumweltausschuss musste seine Sondersitzung am 01.12.2015 mit Geschäftsordnungsdebatten sogar künstlich in die Länge ziehen, bis das zeitgleich tagende Landeskabinett endlich die veränderte AWP-Fassung für die erforderliche Benennungsherstellung übermitteln konnte. Deutlicher konnte die Zerstrittenheit der Koalition in Umwelt- und Infrastrukturfragen

nicht offenbaren. Für uns wird mit diesem Beschluss ab dem Jahr 2017 die neue **Region I** verbindlich, zu der die Städte Köln, Leverkusen, Düsseldorf, Krefeld und Mönchengladbach, die die Kreise Euskirchen, Heinsberg, Kleve, Viersen, Wesel, der Rhein-Kreis Neuss, der Rhein-Erft-Kreis sowie der Bergische Abfallwirtschaftsverband (Rheinisch-Bergischer und Oberbergischer Kreis), die Rheinische Entsorgungsregion (Bonn und Rhein-Sieg-Kreis) und der Zweckverband Entsorgungsregion West (Städte-region Aachen und Kreis Düren) gehören.

Die Geschlossenheit des Rheinlandes hat sich bewährt. Wir werden diese in Zukunft weiter brauchen. Landesentwicklungsplan, Regionalplan, Verkehrsinfrastruktur, Gewerbe- und Siedlungsflächen - das sind die entscheidenden Themen für die Zukunftsentwicklung im Rheinland. Das aktuelle Beispiel zeigt: gemeinsam können wir für das Rheinland eine ganze Menge bewirken. Dann tun wir das doch!

Allen Lesern wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest

Ihr

Rainer Deppe MdL
Vorsitzender des Regionalrates

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,



1401 kritische Stellungnahmen zwangen die Landesregierung dazu, den Entwurf des Landesentwicklungsplans maßgeblich zu ändern und ein zweites Beteiligungsverfahren zu starten. Vor allem der von der Landesregierung geplante restriktive Umgang mit Flächen für Wohnen und Gewerbe war auf große Kritik gestoßen. So sind Kommunen, Räte und Verbände im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens aufgefordert, bis zum 15. Januar 2016 erneut eine Stellungnahme zu dem geänderten Entwurf abzugeben.

Zwischenzeitlich hat sich Entscheidendes geändert. Ging der Entwurf aus 2013 für NRW noch von einer Bevölkerungsabnahme von 3,6% bis 2030 aus, zeigt sich nach aktuellen Zahlen von IT.NRW ein umgekehrter Trend. Für unseren Regierungsbezirk hält dieser Trend sogar bis ins Jahr 2040 an. (Lesen Sie dazu ausführlich auf Seite 2) Es stellt sich die Frage, ob nicht grundlegende Annahmen des LEP-Entwurfs überdacht und an die neuen Prognosen angepasst werden müssen. Hinzu kommt ein vermehrter Zuzug von Flüchtlingen, und damit ein zusätzlich gestiegener Bedarf an Wohnraum. Allzu einengende Vorgaben seitens der Landesplanung nehmen den Kommunen an dieser Stelle die notwendige Flexibilität, gerade in solchen Ausnahmesituationen.

Der Regionalrat Köln wird am 15. Januar in einer Sondersitzung eine Stellungnahme im Sinne der Region und seiner Kommunen abgeben und insbesondere betonen, die kommunale Selbstverwaltung und das gesetzlich verankerte Gegenstromprinzip nicht durch zu starke Vorgaben auszuhöhlen.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Götze
(Fraktionsvorsitzender)

Aktualisierte Bevölkerungsprognose: Große Diskrepanz zwischen Stadt und ländlichem Raum

Bevölkerung im Regierungsbezirk wächst gegen Trend weiter an

Das statistische Landesamt (IT.NRW) hat im Sommer diesen Jahres dargelegt, dass die Bevölkerungszahl in NRW bis 2025 entgegen aller bisherigen Prognosen insgesamt zunimmt. Begründet ist dies nicht etwa mit einer signifikant gestiegenen Geburtenrate, sondern mit einer anhaltenden Zuwanderung. Bis 2040 zeigt sich für NRW dann ein sehr heterogenes Bild. Einerseits müssen die Regierungsbezirke Arnsberg (-6,9 Prozent), Detmold (-4,0 Prozent) und Münster (-2,5 Prozent) bis zum Ende des Berechnungshorizonts relative Einwohnerverluste hinnehmen. Andererseits kann für den Regierungsbezirk Köln mit +6,7 Prozent bis 2040 ein relativer Einwohnerzuwachs ermittelt werden.

Die demographische Entwicklung macht sich mittlerweile in vielen Lebensbereichen der Menschen unmittelbar bemerkbar. Im Regierungsbezirk Köln sind die Entwicklungen dabei sehr unterschiedlich. Während die Bevölkerungszahl im ländlichen Raum weiterhin schwindet, nimmt

im Gegensatz dazu die Bevölkerungszahl entlang der Rheinschiene und im Aachener Raum teilweise stark zu. Konkret werden beispielsweise im ländlichen Raum seit einigen Jahren Schulen geschlossen, während etwa die Stadt Köln in den kommenden Jahren zahlreiche Grundschulen und weiterführende Schulen neubaut, um den steigenden Schülerzahlen gerecht zu werden.

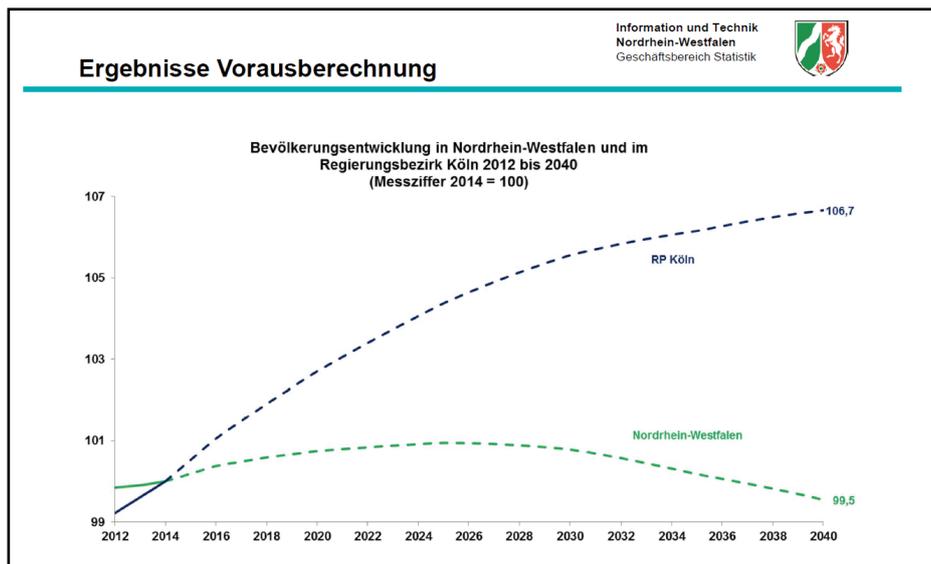
Auch für die Regionalplanung ist die Bevölkerungsentwicklung ein wichtiger Indikator. Wieviele Flächen die Kommunen etwa für Wohnungsbau und Gewerbe in den kommenden 15-20 Jahren brauchen, hängt maßgebend

davon ab, wo sich die Menschen vermehrt ansiedeln. Diese Trends zu erkennen und zu steuern wird ab 2016 Aufgabe des Regionalrates sein wenn es darum geht, den seit mehr als 10 Jahren gültigen Regionalplan Köln an die aktuellen Entwicklungen anzupassen und neu aufzustellen.

Grundsätzlich gehört es zu den Aufgaben der Regionalplanung, durch entsprechende Rahmenbedingungen in allen Kommunen gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen und für eine Sicherung der Daseinsvorsorge zu sorgen. Dies stellt sich aufgrund der enormen Heterogenität der Planungsregion hinsichtlich Ihrer Raum-, Wirtschafts- und Sozialstruktur als immer schwieriger dar.

Leerstände im ländlichen Raum stehen einem enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt in Ballungsräumen gegenüber. Dabei ist der Flächenverbrauch je Einwohner im Regierungsbezirk sehr unterschiedlich. Während die Stadt Köln den größten Bevölkerungszuwachs verzeichnet,

gleichzeitig jedoch den geringsten Siedlungsflächenzuwachs aufweist, stellt sich die Entwicklung in den meisten Landkreisen genau entgegengesetzt dar. „Flächen sind endlich. Es wird zukünftig darum gehen, bedarfsgerecht Flächen für Wohnen und Gewerbe auszuweisen. Die Kommunen müssen zudem weiterhin in der Lage sein, attraktive Flächenangebote zu machen. Beides massvoll in Einklang zu bringen wird unsere Aufgabe sein. Dies kann nur gemeinsam mit den Kreisen, kreisfreien Städten und Kommunen erfolgen“, so **Stefan Götz**, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Regionalrat Köln.



Ausbau A1 und Leverkusener Rheinbrücke: Öffentlichkeitsbeteiligung gestartet

Zahlen aus Machbarkeitsstudie tendieren zu einer neuen Stelze

Seit dem 23. November liegen die Neubaupläne zur Autobahn 1 und zur Leverkusener Rheinbrücke aus. Betroffene Bürger und öffentliche Träger können bis zum 19. Januar die Planunterlagen einsehen und Einwendungen und Anmerkungen zu dem Bauvorhaben erheben. Neben der Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens für die neue Rheinbrücke, haben sich die Planer von Straßen.NRW dem nächsten Abschnitt der A1 in Leverkusen gewidmet. Auch der als „Stelze“ bekannte A1-Abschnitt, der vom Autobahnkreuz Leverkusen-West zum Autobahnkreuz Leverkusen als Hochstraße quer durch Leverkusen führt, muss ersetzt und dabei ausgebaut werden. Die Hochstraße weist erhebliche Schäden auf und ist dem heutigen Verkehrsaufkommen nicht mehr gewachsen.

Straßen.NRW hat bei einem externen Ingenieurbüro eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Insgesamt wurden 14 verschiedene Varianten geprüft. Sechs Varianten führen die Autobahn weiter als Hochstraße durch Leverkusen. Acht Varianten führen die A1 als Tunnel.

Da die „Stelze“ eine stetige Lärmquelle ist, wurde von den Leverkusener Bürgern und der Stadt der Wunsch nach einer Tunnellösung für diesen ca. 1,3 Kilometer langen Abschnitt geäußert. Die Studie zeigt: Grundsätzlich ist die Realisierung einer Tunnellösung möglich. Allerdings kostet ein Tunnel mindestens 560 Millionen Euro im Vergleich zur einer neuen Hochstraße, die mit 300 Millionen Euro veranschlagt wurde. Die Bauzeit beträgt bei einem

Tunnel mindestens 8 Jahre (im Vergleich die Hochstraße 4,5 Jahre). Gefahrguttransporte durch den Tunnel wären aus Sicherheitsgründen nur eingeschränkt mit Mengen- und Stoffbeschränkungen möglich. Eine Einschränkung, die vor allem die Chempark-Betreiber nicht hinnehmen wollen.

Nach Angaben von Straßen.NRW führt eine neue Hochstraße im Vergleich zur aktuellen Situation zu erheblichen Verbesserungen des Lärmschutzes. Die Tunnelvariante

erzielt eine noch bessere Lärmschutzwirkung. Dennoch hält keine der Varianten die Grenzwerte vollständig ein. Welche Variante auch später gebaut wird: Eine neue A1 wird mindestens fünf Spuren in jede Fahrrichtung haben, um das stark gestiegene Verkehrsaufkommen zu bewältigen. In den kommenden Wochen wollen Bund, Land und



Ab 2023 soll es auf 12 Spuren über den Rhein gehen. Der Baubeginn ist für 2017 geplant.
Bildquelle: Straßen.NRW

Stadt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sorgfältig auswerten, um schnellstmöglich zu einer verlässlichen und belastbaren Entscheidung zu kommen. Denn beim Bau sollte letztendlich die für die Stadt, für den Verkehr und für die Transporte der anliegenden Industrieunternehmen bestmögliche Lösung erzielt werden.

Für das erste Quartal 2016 plant Straßen.NRW eine weitere Bürgerversammlung zum aktuellen Stand aller Planungen.

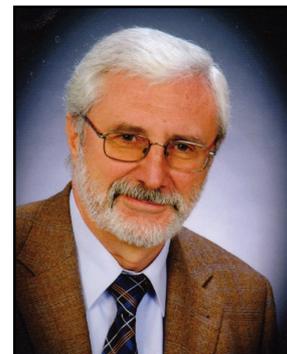
Braunkohlenausschuss: Dritter Umsiedlungsabschnitt von Garzweiler II beschlossen

Anrufungsstelle Bergschaden hat einen neuen Vorsitzenden

Der Braunkohlenausschuss (BKA) hat auf seiner Sitzung am 22.06.2015 einstimmig Herrn Oberstaatsanwalt a.D. Robert Deller zum neuen Vorsitzenden der Anrufungsstelle Bergschaden für die Wahlzeit 2015 - 2020 bestellt. Robert Deller war in seiner aktiven Zeit zuletzt Staatsanwalt in Aachen und dort Leiter der Abteilung für Wirtschaftsverfahren. Zudem war Deller lange Jahre Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Aachen.

Der Braunkohlenausschuss hat zudem beschlossen, nach fünf Jahren die Anrufungsstelle Bergschaden von der Bezirksregierung Köln in den Rhein-Kreis-Neuss zu verlegen. „Es gab immer wieder Kritik, dass die Anrufungsstelle von der gleichen Behörde betrieben wurde, die auch die Braunkohleplanverfahren durchführt. Dieser Kritik hat der

Braunkohlenausschuss durch die Verlegung in den Rhein-Kreis-Neuss nun Rechnung getragen“, erläutert der Vorsitzende des Braunkohlenausschuss, Stefan Götz. Wichtig war den Mitgliedern des BKA, dass die Anrufungsstelle weiterhin einen örtlichen Bezug zum Rheinischen Braunkohlerevier hat und nicht ins Ruhrgebiet abwandert.



Oberstaatsanwalt a.D.
Robert Deller

Die unabhängige Anrufungsstelle für Betroffene von Bergbauschäden im Rheinischen Braunkohlerevier soll helfen, eine mit

Kostenrisiken verbundene gerichtliche Auseinandersetzung zur Klärung etwaiger Ersatzansprüche zu vermeiden und im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens eine Einigung zu erreichen.

Neue Kontaktdaten der Anrufungsstelle Bergschaden Braunkohle NRW:

Anrufungsstelle Bergschaden Braunkohle NRW,
Schlossstraße 20, 41515 Grevenbroich
Tel.: 02181-6019002
Fax: 02181-60189002



Die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln wünscht Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein frohes und gesundes neues Jahr 2016.

Termine

15. Januar 2015
Sondersitzung Regionalrat

12. - 13. Februar
Klausurtagung

19. Februar 2015
Fraktionssitzung

04. März
Regionalratssitzung

IMPRESSUM

Vorsitzender:
Stefan Götz, (verantwortlich)
Stadt Köln

1. stellv. Vorsitzende:
Brigitte Donie
Rhein-Sieg-Kreis

2. stellv. Vorsitzender:
Franz-Michael-Jansen
Kreis Heinsberg

Vorsitzender des Regionalrats:
Rainer Deppe, MdL
Rheinisch-Bergischer Kreis

Beisitzer:
Paul Hebbel
Stadt Leverkusen
(Vorsitzender der
Verkehrskommission)

Fraktionsgeschäftsstelle:
Sebastian Knauff
Fraktionsgeschäftsführer
Zeughausstraße 2-10
50667 Köln

Tel: 02 21 / 139 54 46
Fax: 02 21 / 139 54 51

E-Mail:
info@cdu-regionalrat-koeln.de
Internet:
www.cdu-regionalrat-koeln.de